Nr. 230 — 2. Ausgabe — Sonntag, 24. August 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 5 28, 18 6 36, 13 8 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illus. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,85, „ „ 5,55
Postbezug im Ausland s. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,30.
Einzelnummer wochentags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Anzeigenpreise
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3,50, mit Platzvorschrift M. 4,— plus Teuerungszuschlag 10 v. H. Preisermäßigung. Bei Wiederholungen auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, Gelegenheitsanzeigen, Vereinsanzeigen, Versteigerungen, Vereinsmitteilungen 25 v. H. Sondernachlaß. Breitzeilen 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von ungesessenen Gewerbetreibenden nur gegen Vorausbezahlung. Für Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anfrage und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Preisliste und ausführlichen Anzeigenpreise sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Englische Handelsschwierigkeiten im besetzten Gebiet

Ein Sonderberichterstatter des „Financier" schildert in einem interessanten Aufsatz, wie die Franzosen in dem besetzten deutschen Gebiet den Engländern in der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Deutschland zuvorgekommen sind. Auf die dem Friedensschluß vorangehende Zeit zurückgreifend, beschreibt er, wie die Engländer sich anfangs weigerten, mit Deutschland wieder Handel zu treiben, wie sie aber allmählich erkannten, daß nur durch die Wiederanknüpfung von geschäftlichen Beziehungen Deutschland überhaupt in die Lage versetzt werden kann, seinen ihm durch den Friedensvertrag auferlegten finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die volle Erkenntnis dieser Tatsache brach sich indessen bei den Engländern erst Bahn, nachdem sie einige Zeit in dem von ihnen besetzten Gebiet Deutschlands geweilt hatten, trotzdem die englische Regierung bereits im März dieses Jahres die Erlaubnis zur Wiederaufnahme des Handels mit dem linken Rheinufer gegeben hatte, allerdings mit so vielen Einschränkungen und Komplikationen, daß nur wenige britische Kaufleute Lust verspürten, von der ihnen eingeräumten Freiheit Gebrauch zu machen. Nach diesen einleitenden Ausführungen erachtet es der Berichterstatter für seine Pflicht, nach seiner soeben aus Köln erfolgten Rückkehr seine Landsleute über den tatsächlichen Stand der Dinge zu informieren, „damit ihnen große Verluste und den Deutschen große Gewinne erspart bleiben".

Wir entnehmen seiner Beschreibung der im besetzten Gebiet herrschenden Zustände folgende Einzelheiten: „Als die Engländer nach erteilter Erlaubnis nach Köln kamen, fanden sie, daß die Franzosen ihnen bereits seit Wochen zuvorgekommen waren und den Markt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt hatten. Im April und Mai gelang es den Engländern trotzdem noch, gute Geschäfte zu machen, und sie waren daher imstande, die Hinterlegung des vollen Wertes der ihnen erteilten Bestellungen in Pfund Sterling und Gulden durchzusetzen. Als die Nachricht von diesem günstigen Stand der Dinge nach England gelangte, begannen die Geschäftsleute die Entsendung von Reisenden, leider zu spät, denn die Franzosen hatten sich inzwischen festgesetzt. Die englische Regierung teilte dem Militärgouverneur eine wirtschaftliche Abteilung zu, die alles tat, um den britischen Handel nach Kräften zu unterstützen, indessen übersahen die britischen Behörden, daß an der Spitze dieser Abteilung an Stelle eines Bureaukraten ein tüchtiger, im Geschäftsleben lebender Fachmann vonnöten war, der die Marktverhältnisse studieren und die Heimatbehörden durch gediegene Auskünfte und statistisches Material auf dem laufenden hätte halten sollen. Dazu kam, daß infolge der sich der Kontrolle der Regierung entziehenden Verladungsschwierigkeiten große Verzögerungen in der Auslieferung der bestellten Waren zu verzeichnen waren. Als englische Reisende in Köln eintrafen, wurde ihnen der Bescheid, daß in England lagernde Waren für Terminlieferung kein Interesse hätten, daß aber für an Ort und Stelle verfügbare Bestände sofortige Abnahme erfolgen werde. Daraufhin veranlaßten die Reisenden natürlich ihr Haus in England, große Warenladungen als Konsignationspartien nach Köln zu senden: Seife, Pfeffer, Baumwoll- und Wollwaren, Unterwäsche, Stoffe usw. trafen in großen Mengen ein. Diese Waren blieben auf bisher noch unaufgeklärte Weise zwei volle Monate unterwegs, und als sie endlich eintrafen, konnten die Ladungen infolge Ueberfüllung des Kölner Hafens nicht gelöscht werden.

Der Deutsche hat jetzt natürlich die Situation voll erfaßt und kauft nicht, und der englische Händler sitzt mit seinen unverkäuflichen Warenbeständen da, für deren Aufbewahrung er Lagergebühren, Versicherungskosten usw. zu bezahlen hat. Die Deutschen enthalten sich des Kaufens, erstens weil das besetzte Gebiet mit Waren überfüllt ist, und zweitens, weil sie überzeugt sind, daß durch eine abwartende Stellungnahme die Preise weiter herabgedrückt werden, wenn noch der Umstand tritt, daß die englischen Verkäufer gezwungen sein werden, Zahlungen in deutscher Währung entgegenzunehmen.

Allenthalben lebte man in der Annahme, daß sich bei Aufhebung der Blockade von seiten der Mittelmächte eine große Nachfrage nach Waren aller Art geltend machen würde. Soweit deutsche Kaufleute in Frage kommen, waren diese Erwartungen zweifellos richtig, aber die deutsche Regierung weigert sich mit vollem Recht, eine uneingeschränkte Einfuhr zu gestatten, da dadurch der Wert der Mark noch weiter heruntergedrückt werden würde. Der Gang der Geschäfte wird weiter gehemmt durch das in Deutschland in Kraft befindliche Devisengesetz, demzufolge alle Zahlungen in ausländischer Währung durch die Reichsbank genehmigt werden müssen. Daher kommt es, daß das augenblicklich getätigte Geschäft sich in sehr bescheidenen Grenzen bewegt. In der Tat hat es den Anschein, als ob es noch auf lange Zeit hinaus absolut unmöglich sein wird, mit den Mittelmächten Handel zu treiben, es sei denn auf Grundlage weit ausgedehnter Kredite, und im Hinblick auf die gegenwärtige unsichere Lage der Verhältnisse in Deutschland könnte eine solche Geschäftspraktik nur unter Leistung weitestgehender Garantien empfohlen werden."

„Wenn der Markt gegen ihn ist", so sagt der Berichterstatter, „gebraucht der Deutsche irgendeinen Vorwand, um seine Bestellungen zu annullieren; wenn keine Sicherheiten hinterlegt worden sind, wird beim Umfang der Waren versucht, die Zahlung hinauszuschieben, unter dem Vorgeben, daß es unmöglich sei, sich ausländische Währung zu verschaffen, um auf diese Weise langfristige Kredite durchzudrücken. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß mit Ausnahme der Kriegsgewinnler die Deutschen arm sind, und da der niedrige Geldkurs sie in solch starkem Maße benachteiligt, kann die Bevölkerung nur in ganz beschränktem Umfang kaufen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, die ihm durch den Friedensvertrag auferlegt worden sind, zu entgehen versucht. Unter den Bedingungen des Vertrages war Deutschland die Erhöhung der Zölle auf einen Zeitraum von sechs Monaten untersagt, so daß der britische Händler sich in dieser Hinsicht vollkommen sicher fühlte." Unter wörtlicher Anführung einer in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 27. Juli 1919 veröffentlichten Bekanntmachung weist der Berichterstatter des englischen Blattes darauf hin, daß vom 1. August an laut Gesetz die Zahlung der Zölle in Gold zu erfolgen hat. Unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung die Gewalt besitzt, den relativen Wert des deutschen Goldes im Verhältnis zu der Mark zu regulieren, ist sie imstande gewesen, die erwähnte Klausel des Friedensvertrages vollständig zu umgehen. (Inzwischen hat die britische Behörde in Köln das nachstehende Reglement betreffend die Anwendung des deutschen Zolltarifs bekanntgemacht: „1. Wo immer seit dem 1. August 1914 fremden Mächten von Deutschland günstigere Tarife eingeräumt worden sind, sind diese Tarife ohne weiteres auf die alliierten und assoziierten Mächte in Anwendung zu bringen. 2. Alle Zahlungen haben rechtlich in der Währung zu erfolgen, die von der deutschen Regierung durch Gesetz oder Erlaß in Umlauf gesetzt ist. Das deutsche Verlangen, daß Zollabgaben nur in Gold oder sonst in Papier zu einem geminderten Umrechnungskurse erfolgen müssen, wird abgelehnt.") Zum Schluß erklärt der englische Gewährsmann, aus bestunterrichteter Quelle zu wissen, daß ganz Deutschland einschließlich des besetzten Gebietes demnächst unter das Regime der Zwangswirtschaft kommen wird, mit andern Worten, daß der gesamte Handel von der deutschen Regierung kontrolliert wird, woraus er mit Recht den Schluß zieht, daß der Einfuhr ausländischer Waren in Deutschland die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Er schließt seinen Aufsatz mit der Warnung an alle englischen Firmen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland anzuknüpfen wünschen, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Diese Warnung könne nicht oft genug wiederholt werden.

Beschlüsse der Alliierten

× **Paris**, 23. August. Der oberste Rat beschloß, der deutschen Delegation zwei Noten zugehen zu lassen. Die erste verlangt, daß der serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung der von deutschen Offizieren entwendete (?) Plan der Gruben von Costopiah, die von den Deutschen während des Krieges ausgebeutet wurden, wieder zurückerstattet wird. Die zweite Note nimmt Kenntnis von der Absicht der deutschen Regierung, den alliierten Mächten alle auf die im besetzten Gebiete angerichteten Schäden bezüglichen Dokumente, besonders diejenigen über Requisitionen, zu überliefern. Außerdem ließen die alliierten Mächte die deutsche Regierung wissen, daß es sich nicht um eine Prüfung in Gegenwart beider Parteien handeln könne, also um Verhandlungen, an denen sich auch die deutschen Vertreter beteiligen könnten, da der Friedensvertrag diesen das Recht der Mitsprache nicht einräume.

Die Abtretung Nordschleswigs

• **Kopenhagen**, 23. August. Die Internationale Konferenz hat ihre Beratungen über die mit der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark zusammenhängenden Fragen begonnen. Ein Schema für die Verwaltung ist noch nicht aufgestellt. Wahrscheinlich wird eine Reihe von Ortsbeamten ernannt werden. Wo die Kommission ihren Hauptsitz haben wird, steht noch nicht fest. Inzwischen ist entschieden worden, daß die Südgrenze des Abstimmungsgebietes von französischen Truppen besetzt wird. Französisches Militär wird im Verein mit besonders ernannten ortskundigen Personen die Patrouillen an der Südgrenze gegen Deutschland und an der Nordgrenze gegen Dänemark besorgen. Der französische Gouverneur wird sein Hauptquartier bei Flensburg haben. Man rechnet damit, daß die Abstimmung in der ersten Zone um den 10. Oktober herum stattfinden kann.

Eine lettische Sensationsmache

× **Berlin**, 23. August. Das lettische Informationsbureau in Kopenhagen hatte gemeldet, daß eine neue deutsche Verschwörung gegen die lettländische Staatsordnung, in die auch reichsdeutsche Truppen der Armee v. d. Goltz verwickelt seien, entdeckt und vereitelt worden sei. Man hätte geplant, die höheren Beamten fortzuführen und Unruhen hervorzurufen, um den Truppen der Armee v. d. Goltz einen Vorwand zu schaffen, in Libau zur Herstellung der Ordnung einzudringen. Die Truppen seien mit dem amtlichen deutschen Vertreter Dr. Kueck in Libau in Verbindung gewesen.

Hierzu teilt das Wolff-Bureau mit: Die Meldung des lettischen Informationsbureaus ist vollkommen unzutreffend. Es handelt sich um einen anfangs des Monats geplanten Putsch einiger ehemaliger reichsdeutscher Soldaten der verschlagenen lettischen Abteilung Goldfeld, die den Bezirkschef von Niederkurland verhaften und begüterte Personen in Libau ausrauben wollten. Reichsdeutsche Truppen oder Dienststellen waren daran in keiner Weise beteiligt. Gegen die Verbreitung der Nachricht, Dr. Kueck sei irgendwie in die Verschwörung verwickelt gewesen, wurde bei der lettischen Regierung protestiert und um Widerruf in der Presse ersucht. Die Libauer Zeitungen haben die von Kueck erlangte Richtigstellung bereits abgedruckt.

Die unermüdliche amerikanische Opposition

× **Amsterdam**, 23. August. Laut Pressebureau Radio hat Senator Knox bei einer in seinem Bureau stattgehabten Konferenz erklärt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von den Vereinigten Staaten völlig abgelehnt wird. (?) Er sagte, die Vereinigten Staaten wollten sich überhaupt nicht in die Verhältnisse in Europa einmischen und hätten nichts mit dem im Friedensvertrage über die zukünftigen Bestimmungen der europäischen und asiatischen Völker und Gebiete getroffenen Regelungen zu tun. Der Senator Lodge erklärte: Wenn der Völkerbundsvertrag aus dem Friedensvertrage herausgeschält werde, so trete er nicht für die Ablehnung des Friedensvertrages ein. Lodge versucht augenblicklich, die oppositionellen Elemente zu sammeln. Die oppositionellen Senatoren haben die Absicht, eine Reise durch ganz Amerika bis zum Stillen Ozean anzutreten, um die öffentliche Meinung für die vollständige Ablehnung des Friedensvertrages in seiner jetzigen Form und für die Festsetzung des neuen Friedensvertrages ohne Völkerbund zu gewinnen.

• **Rotterdam**, 23. August. Sämtliche Meldungen aus Washington stimmen darin überein, daß Wilsons Versuch, den Senat durch mündliche Erklärungen zur Ratifizierung des Friedensvertrages umzustimmen, fehlgeschlagen ist. Die republikanische Opposition macht vielmehr Fortschritte und mit ihr haben sich drei oder vier Demokraten zusammengeschlossen. Die Republikaner erklären, daß ihre prinzipiellen Bedenken nicht durch Wilsons Erklärungen beseitigt sind und verlangen, daß mindestens vier Hauptpunkte des Vertrages abgeändert werden müssen, ehe eine Ratifizierung möglich ist.

•

Wilson muß zugeben

× **Amsterdam**, 23. August. Die „Times" melden aus Washington, daß Wilson auf der Konferenz mit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten anerkannte, daß Japan auf der Friedenskonferenz eine Art Souveränität über Korea und einen Teil der Mongolei erhalten habe. Dies wäre nicht geschehen, wenn der Völkerbund bereits bestanden hätte.

•

Spanien und der Völkerbund

× **Berlin**, 23. August. Nach einer Meldung der deutschen Gesandtschaft in Madrid ist in der „Gazette de Madrid" vom 16. d. M. ein Gesetz veröffentlicht worden, daß die Regierung zum Beitritt in den Völkerbund sowie zur Annahme der im Artikel 23 des Versailler Friedensvertrages vorgesehenen Bestimmungen über die Organisation der Arbeitsbedingungen ermächtigt.

•

Französisches Mißtrauen gegen England

× **Amsterdam**, 23. August. Laut Pressebureau Radio meldet die „New York World" aus Paris, daß in Frankreich befürchtet wird, daß noch weitere Geheimverträge, wie der persisch-britische Vertrag, bestehen, die der Friedenskonferenz nicht vorgelegt worden sind.

× **Versailles**, 23. August. Auch in Belgien hat der englisch-persische Vertrag große Mißstimmung hervorgerufen. Der Brüsseler Vertreter des „Echo de Paris" erklärt, der Vertrag versetze den belgischen Interessen in Persien einen tödlichen Stoß, denn durch ihn würden die belgischen Beamten aus der persischen Verwaltung ausgeschlossen.

Rücktritt des Erzherzogs Joseph erst nach den Wahlen

× **Budapest**, 23. August. Der Ministerpräsident Stephan Friedrich empfing einen Redakteur des Ungar. Telegr.-Korr.-Bureaus, dem er über die in der Wiener Presse verbreiteten Krisengerüchte und über die Lage der Regierung im allgemeinen u. a. erklärte: Heute handelt es sich nur darum, die Geschäfte bis zu den Wahlen am 20. September zu leiten. Die Wahlen werden eine parlamentarische Regierung zur Folge haben. Diese Regierung, die aus dem nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählten Parlament hervorgehen soll, wird durch jeden ausländischen Staat anerkannt werden. Es besteht keine Krisis. Wegen der Person des Verwesers Prinzen Joseph kann es keine Beunruhigung geben. Die ungarische Bevölkerung hängt so sehr an seiner Person, daß keine Rede davon sein kann, daß er sich vor den Wahlen zurückzieht. Nach den Wahlen wird er dann abdanken und beim Zusammentritt der Nationalversammlung nicht mehr tätig sein. Ueber die Staatsform wird nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung eine besondere Volksabstimmung stattfinden. Von Friedensverhandlungen ist noch nicht die Rede. Die Gerüchte der ausländischen Presse über den weißen Terror erklärte der Ministerpräsident als übertrieben. Die Regierung verurteile das terroristische Vorgehen auf das entschiedenste.

•

Um Deutsch-Westungarn

u. **Wien**, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Note Renners, worin er von der Entente die Ermächtigung zur Besetzung Deutsch-Westungarns erbeten hat, ist bisher nicht beantwortet worden und ein Mandat zur Besetzung auch nicht erteilt worden. Wenn aber der Friedensvertrag abgeschlossen ist, wird Deutsch-Oesterreich vom eigenen Recht Gebrauch machen und Deutsch-Westungarn besetzen, dabei immer vorausgesetzt, daß nicht bereits andere Ereignisse eintreten, die zu einer Ergreifung von militärischen Maßregeln drängen werden.

Sturz der Omsker Regierung?

× **Amsterdam**, 23. August. Laut Pressebureau Radio meldet „Associated Preß" aus Tokio, daß die altrussische Regierung in Omsk ihre Goldreserven und Archive nach Irkutsk übergeführt habe. Nach einer nicht bestätigten Meldung aus Peking ist die Regierung in Omsk gestürzt worden.

Die Auflegung der Prämienanleihe

* **Berlin**, 23. August. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von zuständiger Stelle hört, ist geplant, für die Auflegung der neuen Prämienanleihe Anfang September die einleitenden Schritte zu unternehmen. Der genaue Termin steht noch nicht fest, ebensowenig die Bedingungen der Anleihe, über welche die Beratungen mit den beteiligten Bankkreisen fortdauern.

Zur Valutafrage

Von wirtschaftlicher Seite wird geschrieben: Die Nationalversammlung scheint in dem Bestreben, die Kapitalflucht zu verhindern, alles andre vergessen zu haben, vergessen auch die ungeheuren Zahlungsverpflichtungen, die sie selbst durch Zustimmung zum Friedensvertrag gegen die Entente eingegangen ist, und vergessen insbesondere, daß diese Zahlungen in Goldmark zu leisten sind. Wäre sie sich dessen bewußt, so würde sie alles tun, um den Kurs der deutschen Papiermark zu heben. Die ganze Steuerrichtung der Regierung läßt auch jede Berücksichtigung der Auslandsschulden außer acht. Selbst wenn man das geflüchtete und versteckte Kapital restlos erfassen könnte, würde man damit kaum einen erheblichen Teil der Auslandsschulden decken können. Der Gewinn auf dieser Seite ist aber jetzt bereits aufgezehrt durch die enorme Einbuße unsres Nationalvermögens infolge der Entwertung der Papiermark, die nach der übereinstimmenden Ansicht aller Sachverständigen auf die Pläne der Notenabstempelung zurückzuführen ist. Die Ansicht der Fachleute wird neuerdings bewiesen durch die Tatsache, daß alle irgendwie noch gehandelten, auf fremde Währung lautenden Coupons in den letzten Tagen maßlos im Preise gestiegen sind, gleichviel ob Rumänen, Argentinier oder Chinesen.

Das Reichsfinanzministerium kämpft gegen Windmühlen; erfahrene Leute, die die Schäden des internationalen Warenaustausches kennen, sagen, ob der Versuche, das Kapital einzudämmen. Die Regierung setzt alles an das eine Problem zum Schaden der wichtigsten Zusammenhänge unsrer Volkswirtschaft. Das Zentralproblem unsrer Wirtschaft ist zweifellos das Valutaproblem, nicht wegen des absoluten Tiefstandes der Marknoten, sondern weil eine Beruhigung auf diesem Gebiete die erste Voraussetzung einer geschäftlichen Kalkulation im Ein- und Ausfuhrhandel sein muß. Was wir in Deutschland zur Herstellung gesünderer Verhältnisse brauchen, sind billige Lebensmittel und Rohstoffe. Nur dann kann man der Streikflut und dem dauernden Steigen der Löhne beikommen, wenn man das Problem an der Wurzel anfaßt. Mit der fortgesetzten Beunruhigung des Valutamarktes erreicht man gerade das Gegenteil; man schafft eine neue, eine finanzielle Blockade, die ebenso wie die feindliche Blockade unsre Volkswirtschaft gegen das Ausland hermetisch abschließt und auf seine geringen Vorräte an Nahrungsmitteln und Rohstoffen anweist.

•

Diesen Erwägungen scheint sich auch neuerdings der Finanzminister Erzberger, der bisher starr auf der Abstempelung der Noten bestand, anzuschließen, wenn die folgende Meldung zutrifft:

• **Berlin**, 23. August. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte in der im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Besprechung über die Erfassung der versteckten Vermögen, daß er angesichts der sehr ernsten Bedenken, die von den Bankfachverständigen gegen die Notenabstempelung vorgebracht wurden, auf dem Plane in seiner jetzigen Form nicht beharren wolle, daß er aber trotzdem im Interesse der Gesundung der Reichsfinanzen auf Mittel sinnen müsse, um die Verringerung unsres ungeheuer angewachsenen Notenumlaufs herbeizuführen. Er müsse deshalb von der Sachverständigenkommission unter allen Umständen erwarten, daß ihm bei Ablehnung seiner Vorschläge neue Wege eröffnet werden, um zum notwendigen Ziele zu gelangen. Erzberger ist gestern in die Schweiz abgereist. Nach seiner Rückkehr, wahrscheinlich Ende der Woche, werden die Besprechungen über diese Fragen weiter geführt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bis dahin die Sachverständigenkommission noch erweitert wird.

× **Berlin**, 23. August. (Amtlich.) Im Reichsfinanzministerium fand am 22. d. M. eine Beratung von Sachverständigen aus allen beteiligten Berufskreisen über den Plan des Umtausches der Banknoten zum Zwecke der Erfassung des darin versteckten Vermögens statt. Von allen Beteiligten wurde die Ueberzeugung zum Ausdrucke gebracht, daß wirksame und scharfe Maßnahmen gegen die Steuerdrückerei und Kapitalflucht getroffen werden müßten. Es wurde die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, der Reichsfinanzverwaltung zu diesem Ziele mit allen Kräften zu helfen. Gegen den zunächst vorgeschlagenen Umtausch aller Banknoten wurden dagegen von allen Seiten sehr ernste Bedenken wegen ihrer technischen Durchführbarkeit und Zweckdienlichkeit erhoben. Die Beratungen über weitere Maßnahmen zur Erfassung des Vermögens, das sich der Besteuerung zu entziehen sucht, werden in den Kreisen der Sachverständigen fortgeführt werden.

Es scheint nicht ausgeschlossen, daß mit dieser Gesinnungsänderung des Reichsfinanzministers in unmittelbarem Zusammenhang das Steigen des Markkurses steht, das wir in der ersten Ausgabe unsres Blattes heute aus Genf melden konnten. Die Börse ist von jeher überaus feinfühlig, und die Beziehungen Erzbergers zur Schweiz sind durch seine verschiedenen Reisen während des Krieges zweifellos so gut, daß es nicht überraschen kann, wenn ausländische Handelskreise rascher orientiert sind über eine so fundamentale Aenderung unsrer Finanzpolitik als das deutsche Volk selbst, dessen Presse noch nie über eine Bewegung durch die Regierung klagen konnte.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919082402/1